

Meerespolitik

Gaby Umbach

Seit Beginn des EU-Meerespolitikansatzes durch die thematische Strategie¹ und die Richtlinie über einen Ordnungsrahmen für die Meeresumwelt („Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie“/MSRR)² hat die EU seit 2007 begonnen, ihre betreffenden Politiken sektorübergreifend zu integrieren. Die integrierte Meerespolitik (IMP)³ zielt auf den Erhalt bzw. die Wiederherstellung von Meeresökosystemen, die nachhaltige Nutzung der Meere sowie auf die Abmilderung der Folgen des Klimawandels ab. Eine Lenkungsgruppe bestehend aus zehn Kommissaren und eine ‚inter-service‘ Arbeitsgruppe unterstreichen die sektorübergreifende Ausrichtung der IMP. Durch regionale Kooperation erarbeiten EU-Mitgliedstaaten ökosystemisch ausgerichtete Meeresstrategien, um einen ‚guten ökologischen Zustand‘ der Meere bis 2021 zu erhalten bzw. zu erreichen. Basierend auf ökologischen und geographischen Kriterien definiert die MSRR hierfür sog. Europäische Meeresregionen. EU-Mitgliedstaaten derselben Meeresregion⁴ koordinieren ihre Aktivitäten untereinander und mit Drittstaaten.

Der begleitende Aktionsplan⁵ stellt neue Arbeitsmethoden und Instrumente vor, die u.a. zum Nutzen der Meereswirtschaft und deren Vereinbarkeit mit dem Umweltschutz sowie zur Schaffung eines Europäischen Seeverkehrsraums⁶ einschließlich einer Seeverkehrsstrategie⁷ zur Anwendung kommen sollen. Zu den wichtigsten Instrumenten gehören der Aufbau einer integrierten Meeresüberwachung, die Erarbeitung eines integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) als Grundlage für die maritime Raumordnung (MRO)⁸ sowie eine umfassende Sammlung relevanter Meeresdaten. Darüber hinaus soll der 2008 eingeführte Europäische Tag der Meere die öffentliche Wahrnehmung für das maritime Europa stärken.

Im Hinblick auf die Meeresüberwachung unterstrich die Kommission im Oktober 2009 die Bedeutung eines gemeinsamen Informationsraums für den maritimen Bereich.⁹ In ihm koordinieren die beteiligten Staaten unter Berücksichtigung ziviler und militärischer Aspekte u.a. Aktionen ihrer Küstenwachen, Hafen- und Schifffahrtsautoritäten sowie Zoll- und Fischereibehörden zur Verhinderung von Piraterie, Drogenschmuggel und Menschenhandel. Bis Ende 2010 soll die Kommission einen Zeitplan für diesen integrierten Ansatz vorlegen.

Für die Meeresdatensammlung ist das Europäische Meeresüberwachungs- und Datenetzwerk (EMODNET) besonders bedeutsam. Das 2009 eingerichtete Netzwerk wird in verschiedenen Vorbereitungsstufen 2010/11 an Küstenregionen getestet („ur-EMODNET“). Mit ihm sollen die von verschiedenen Autoritäten angewandten Datenerhebungsmethoden vereinheitlicht und Ergebnisse aus EU-Forschungsprojekten integriert werden.

1 KOM(2005) 504; im Juni 2008 vom Rat angenommen.

2 RL 2008/56/EG.

3 KOM(2007) 575, SEK(2007)1278.

4 22 EU-Mitgliedstaaten verfügen über Küstenregionen oder Meeresaußengrenzen.

5 Insgesamt wurden von den 65 im Aktionsplan angelegten Aktionen bis 2010 bereits 56 meist in Form von Rechtsakten abgeschlossen oder initiiert; KOM(2009) 504.

6 KOM(2009) 10.

7 KOM(2009) 8.

8 KOM(2008) 791.

9 KOM(2009) 538, SEK(2009) 1341.

Sollte das Netzwerk die Fragmentierung bestehender Datensätze wie geplant überwinden, ist eine Ausdehnung auf alle EU-Gewässer vorgesehen.¹⁰ 2012 ist ur-EMODNETs Konsolidierung geplant. Bis 2013/14 soll das Netzwerk zur Einsatzfähigkeit gebracht werden.¹¹ Eine Expertengruppe (MODEG) unterstützt die Kommission hierbei mit wissenschaftlichem und technischem Feedback. Zudem ist eine Verbindung zur EU-Forschungs- und Fischereipolitik vorgesehen. Die europäische Strategie für die Meeresforschung und maritime Forschung¹² ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Fortschrittsbericht 2009

Im Oktober 2009 präsentierte die Kommission ihren Fortschrittsbericht zur IMP¹³, in dem sie sechs strategische Orientierungen als Prioritäten für die Zukunft vorstellt: (1) Integration meerespolitischer Entscheidungsstrukturen zur sektorübergreifenden Politikgestaltung, (2) Weiterentwicklung sektorübergreifender Politikinstrumente, (3) Definition der Grenzen von Meeresangelegenheiten zur Sicherstellung der Nachhaltigkeit der IMP, (4) Weiterentwicklung von meeresbezogenen Regionalstrategien, (5) Weiterentwicklung der internationalen Dimension der IMP zur Stärkung der internationalen Rolle der EU¹⁴ und (6) nachhaltige Entwicklung von maritimer Wirtschaft, Beschäftigung und Innovation u.a. durch verstärkte Verbindung von Energie- und Klimapolitiken mit der IMP¹⁵. Insgesamt beurteilt die Kommission die Entwicklung übergreifender Instrumente als gut. Der Konsultationsprozess zu weiteren Umsetzungsoptionen begann 2010.

Im September 2009 legte die Kommission ihre Strategie für eine integrierte Meerespolitik für den Mittelmeerraum vor.¹⁶ Darin unterstreicht sie eine optimierte Entscheidungsfindung für das Mittelmeer als Voraussetzung für dessen bessere Bewirtschaftung. Zur verstärkten Politikintegration sind u.a. die Kooperation zwischen den Anrainersaaten inklusive der stärkeren Einbeziehung der Nicht-EU-Partner, die stärkere Integration von Interessenvertretern u.a. durch einen Regionalbeirat sowie eine eigenständige Strategie für das Mittelmeer im Rahmen der MSRR vorgesehen. Insgesamt ist auch hier ein sektorübergreifender Ansatz geplant, der auf bestehenden multilateralen Aktivitäten aufbauen soll. Eine entsprechende regionale ad hoc Arbeitsgruppe traf sich 2009/2010 zweimal zur Diskussion gemeinsamer Herausforderungen.

Mit Fokus auf diese Region trat im April 2010 auch die vierte Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz in Barcelona zusammen. Die Konferenz beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit einer Wasserstrategie für die Mittelmeerregion, die 2009/2010 von einer speziell eingesetzten Wasser-Expertengruppe (WEG) erarbeitet wurde. Ein entsprechender Aktionsplan soll folgen. Hauptpfeiler der Strategie sind die Verbesserung von Wassermanagement sowie von Wasserversorgungs- und Abwassersystemen, der mögliche Einfluss des Klimawandels auf Wasserressourcen sowie die Nutzung unkonventioneller Wasserressourcen.¹⁷

Weiterführende Literatur

Ehlers, Peter/Lagoni, Rainer (Hrsg.): Maritime policy of the European Union and law of the sea, Hamburg/Münster 2008.

10 KOM(2006) 275, SEK(2010) 73, SEC(2006) 699, SEK(2006) 689_4a.

11 SEK(2009) 499.

12 KOM(2008) 534.

13 Ebd., SEK(2009) 1343.

14 KOM(2009) 536.

15 KOM(2008) 768.

16 KOM(2009) 466; bislang existieren darüber hinaus Regionalkonzepte für die Arktis (KOM(2008) 763) sowie eine Ostsee-Strategie (KOM(2009) 248).

17 Rat der EU 7300/10.